

**Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer**  
Bundesministerin

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.482.621

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2550/J-NR/2025

Wien, am 14. August 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Juni 2025 unter der Nr. **2550/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Burgenländisches Parteienförderungsgesetz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2:**

- 1. *Ist dieser Gesetzesentwurf dem Bundesministerium für Justiz bekannt?*
- 2. *Hat das Bundesministerium für Justiz dazu eine Stellungnahme abgegeben?*
  - a. *Wenn ja, was war im Kern deren Inhalt?*

Der „Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landes-Rechnungshof-Gesetz, das Objektivierungsgesetz und das Burgenländische Parteien-Förderungsgesetz 2024 geändert werden“ ist dem Bundesministerium für Justiz übermittelt worden. Das Bundesministerium für Justiz hat dazu am 2. Mai 2025 eine Stellungnahme abgegeben. Diese ist – ungekürzt – auf der Website des Landesgesetzgebers öffentlich abrufbar<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> [https://apps.bgld.gv.at/web/landesrecht.nsf/begutachtungen\\_abgeschlossen.xsp](https://apps.bgld.gv.at/web/landesrecht.nsf/begutachtungen_abgeschlossen.xsp)

**Zur Frage 3:**

- *Erachtet das Bundesministerium für Justiz den vorliegenden Gesetzesentwurf als mit der Bundesverfassung oder den Bundesgesetzen vereinbar?*
  - a. Wenn nein, in welchen Punkten bestehen Bedenken?*
  - b. Wenn nein, welche Schritte beabsichtigt das Bundesministerium für Justiz zu unternehmen, um ein Inkrafttreten eines potenziell verfassungswidrigen Landesgesetzes vorzubeugen?*

Die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit von (Landes-)Gesetzen fällt nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer

